

Hochschulentwicklung/Studiengebühren

DSW: Langzeitstudenten helfen statt abstrafen

Berlin (dpa) Der Präsident des Deutschen Studentenwerks (DSW), Hans-Dieter Rinkens, hat die Absicht der SPD begrüßt, Studiengebühren bis zu einem ersten berufsqualifizierenden Studienabschluss nunmehr per Bundesgesetz auszuschließen. Die Hochschulreform braucht ein Ende der blödsinnigen Diskussion um Studiengebühren, sagte Rinkens am 11. Februar in einem dpa-Gespräch.

In Deutschland müssten mehr junge Menschen zum Studium ermuntert statt abgeschreckt werden.

Nach wie vor gebe es in Deutschland nicht nur eine scharfe soziale Trennung zwischen Arm und Reich, sondern auch zwischen denen, die für den Unterhalt ihrer Kinder aufkommen müssen, und Kinderlosen. Rinkens:

Diese deutlichen Unterschiede finden wir auch selbst bei besser verdienenden Paaren. Kinder kosten viel Geld. Der Staat könne jetzt aber nicht mit dem Familienlastenausgleich Eltern entlasten, ihnen gleichzeitig aber mit Studiengebühren neue Kosten aufbürden. Von daher sei ein klarer gesetzlicher Ausschluss von Studiengebühren auch ein Beitrag zum Familienlastenausgleich, sagte der DSW-Präsident.

Auch schließe die nach wie vor deutliche Unterrepräsentierung von Kindern mit ärmeren Eltern im Studium eine Einführung von Studiengebühren aus. Von 100 Kindern aus Familien der unteren Einkommensgruppen studierten nur acht. Gerade diese jungen Leute wählen aber bevorzugt technische Studiengänge. Rinkens sagte: Wir brauchen mehr Ermunterung statt Abschreckung. Er verwies dabei auf eine jüngste repräsentative Umfrage im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken, wonach nur sieben Prozent der Befragten eine Studiengebühr über die gesamte Studiendauer hinweg befürworteten. 66 Prozent der Bundesbürger seien dagegen der Auffassung, dass Studiengebühren allenfalls erst nach der Regelstudienzeit erhoben werden sollten. 20 Prozent der Befragten wollten überhaupt keine Studiengebühren.

Die weit verbreitete Auffassung, dass Studenten bei allzu langer Studiendauer Gebühren entrichten sollten, sei populär und in gewisser Weise auch nachvollziehbar. Rational begründbar sei dies jedoch angesichts der Studiensituation nicht, sagte Rinkens.

Untersuchungen des Hochschul-Information-Systems (HIS) und des DSW über Studenten, die mehr als 15 Semester eingeschrieben seien, relativierten das Bild vom Gammel-Studenten, das manche Stammtischrunde prägt.

Die 15. Sozialerhebung mache deutlich, dass diese Studenten mit höherer Semesterzahl überproportional in sprach- und kulturwissenschaftlichen sowie in natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen eingeschrieben seien. Demgegenüber machten Mediziner, Juristen und Pädagogen unter den Langzeitstudenten einen geringeren Anteil aus als unter den Studierenden im ersten bis siebten Semester. Einen Wechsel der Hochschule (32 Prozent) oder einen studienbedingten Auslandsaufenthalt (27 Prozent) finde man bei den Langzeitstudenten viel häufiger als in der Gesamtpopulation (16/19 Prozent). Politiker nennen das auch gerne Mobilität, sagte Rinkens.

Häufigste Ursache für langes Studieren ist ein Wechsel des Faches. Fast die Hälfte aller Langzeitstudenten an Universitäten und Fachhochschulen hat den Studiengang geändert. Rinkens sagte: Rechtzeitige Studienberatung sollte Abhilfe schaffen. Da sind die Hochschulen gefordert. Bedenklich sei auch, dass 35 bis 40 Prozent der Langzeitstudenten ihr Studium

zwischenzeitlich unterbrochen hätten. Von zehn nennen dabei vier als Grund Zweifel am Sinn des Studiums. Auch hier täte mehr Beratung Not. Mit gesundheitlichen Problemen vor allem in Klausurzeiten ist schnell ein Semester in den Sand gesetzt, sagte Rinkens. Zwei von zehn Studienunterbrechern gaben an, sie hätten aus Krankheitsgründen ihr Studium aussetzen müssen.

Als häufigster Unterbrechungsgrund würden mit 24 Prozent jedoch finanzielle Probleme angegeben. Kein Wunder, etwa 40 Prozent der Langzeitstudierenden sind ehemalige BAföG-Empfänger, die nun schauen müssen, wie sie ihr Studium mit Jobs finanzieren und deshalb oft eine Pause einlegen, sagte der DSW-Präsident. Hier könnte eine Studienabschlusshilfe in Form eines kostengünstigen Kredits die nötige Zeit schaffen, um sich auf Prüfungen vorzubereiten. Helfen statt abstrafen das wäre eine lohnende Anstrengung, erklärte der DSW-Präsident. Dies würde nicht nur die amtliche Studentenstatistik gefälliger gestalten, sondern vor allem auch zum Studienerfolg führen.

KARL-HEINZ REITH

Dpa-Dienst für Kulturpolitik 7/2001